

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Zum Weltkongreß der katholischen Jugend in Berlin Vom 16.—20. April 1968 tagte in der Berliner Kongreßhalle der erste gemeinsame Kongreß des Weltbundes der Katholischen

Frauenjugend und des Weltbundes der Katholischen Mannesjugend. Die dreihundert Delegierten aus 35 Nationalverbänden kamen aus Afrika, Asien, Europa und Nord- und Lateinamerika. Im Anschluß an den Kongreß beschlossen die achtzig Vertreter der Generalversammlung den Zusammenschluß der beiden Weltbünde. Die Holländerin Celeste Herberichs wurde mit knapper Mehrheit für vier Jahre zur Präsidentin des Katholischen Weltjugend-Bundes gewählt. Sitz des neuen Weltbundes ist Brüssel.

Das Thema der Delegiertenversammlung, „Jugend will Frieden“, ergab nur am Rande Berührungspunkte mit der aktuellen deutschen Situation. Man hatte sich zwar für diese erste gemeinsame Veranstaltung der bislang getrennt agierenden Weltbünde bewußt nicht in Rom versammelt, sondern eine jener Stellen in der Welt aufgesucht, an denen das Gegenteil von Frieden allen sichtbar wird, aber den meisten Männern und Frauen (es gab so gut wie keine Jugendlichen unter den Teilnehmern des „Jugend“-Kongresses), namentlich aus der Dritten Welt, war die deutsche Wirklichkeit von exotischem Reiz (aber oft auch nicht mehr). Daran änderte allenfalls jene Handvoll Gäste aus Jugoslawien und der ČSSR etwas, die als Beobachter gekommen waren, aber trotzdem durch ihre bloße Anwesenheit die Chance zu persönlichen Kontakten in jeder denkbaren Richtung boten.

Der Kongreß sollte in vier Tagen eine Erklärung erarbeiten, die als gemeinsamer geistiger Rahmen den nationalen Verbänden mit nach Hause gegeben werden, zum anderen aber die Position einer Generation junger Katholiken in Kirche und Gesellschaft so deutlich wie möglich umschreiben sollte.

Wie revolutionär eine solche Standortsbestimmung ausfallen könnte, deutete der Erzbischof aus der nordostbrasilianischen Diözese Olinda und Recife, Dom Helder Câmara, an. Als Weihbischof von Rio de Janeiro widmete sich Dom Helder den Slums der Metropole, den Favelas. Seine Gegner halten ihn für einen „gutmütigen Wirrkopf, der unfreiwillig zum Spielzeug hinterhältiger Unternehmen der kommunistischen Internationale geworden ist“. Dazu Dom Helder: „Das wirkliche Übel ist nicht der Kommunismus, es ist die Unterentwicklung.“

Die Ansprache Dom Helders war ein vielversprechender Auftakt, angefüllt mit konkreten Zielsetzungen. Die langwierigen und reichlich theoretischen Überlegungen der sechs Arbeitskreise, auf die sich die Delegierten an den folgenden Tagen verteilten, und die bis zuletzt umstrittene Abschlusserklärung zeigen dagegen, wie schwerfällig Repräsentanten von Jugendverbänden agieren, wenn es um die Erstellung von handgreiflichen und wenn auch nicht revolutionären, so wenigstens evolutionären Programmen geht.

Dom Helders Optimismus empfahl aus seinen Erfahrungen in Lateinamerika den beiden Hemisphären, den „Entwickelten“ wie den „Unterentwickelten“, die „strukturelle Revolution“ (der die „kulturelle Revolution“ vorgehen müsse). Wirtschaftliche und soziale Reformen hält Dom Helder auch in den entwickelten Ländern für angebracht, soweit diesen Gesellschaften unterprivilegierte

Gruppen angehören: Kein Land in West oder Ost ist hier auszunehmen. Im Horizont der Welt bestehe kein Zweifel, daß bei der Hilfe der entwickelten Welt die Gewinne, die aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die hochindustrialisierten Länder zurückfließen, die Investitionen um ein Vielfaches übertreffen: „Lateinamerika unterstützt absurderweise die USA.“ Solange das Streben nach Gewinn, der Grundsatz der Konkurrenz und die Heiligkeit des Privateigentums von den Bewohnern der kapitalistischen Ländern nicht aufgegeben werden, sehen die Entwicklungsländer die Hilfe nur als einen getarnten Versuch, den politischen Einflußbereich des kapitalistischen Systems auszudehnen. Auch wenn die Länder mit sozialistischem Regime in der wirtschaftlichen Praxis der Dritten Welt mit dem gleichen Egoismus und demselben Unverständnis gegenüberstehen, fordern die Entwicklungsländer die jungen Christen auf, noch mehr darüber nachzudenken, was am Sozialismus an wirklichen Werten durch Vorurteile verdeckt wird. Das zu klären sei vornehmliche Aufgabe eines Gespräches von Christen und Marxisten. Frieden beruhe auf Entwicklung und es gelte, in diesen Dimensionen zu denken und nicht allein in den überlieferten Schablonen zu verharren.

Die Beratungen der Abschlusserklärung, an denen auch nichtkatholische Beobachter teilnahmen, konnten diese Dimension nicht ausloten, zumal es wohl auch an der notwendigen Zeit und einer wünschenswerten gründlichen Vorbereitung mangelte. Sehr vieles an diesem Kongreß wirkte improvisiert, was der an sich erfreulichen Spontaneität mancher Entscheidungen zugute kam, aufs Ganze gesehen aber dieser Veranstaltung den Ruch des Dilettantismus und der Unzuständigkeit gab. Wenn Außenstehende bemängelten, daß dieser Jugendkongreß nicht von Repräsentanten der jungen Generation gestaltet und getragen war, sondern erwachsene Jugendfunktionäre versammelte, so wurde am Ende von Delegierten bedauert, daß die Chance, Fachleute und wirklich gewichtige Personen in Berlin zu versammeln, auch nicht im Ansatz genutzt worden war. Die blassen, in ihrer Stärke uneinheitlichen und im Ton eher vorsichtigen Formulierungen des „Manifestes“ belegen das in jedem Satz, was um so bedauerlicher erscheint, als dieser Text in einer Situation der allgemeinen Unruhe in der Jugend der Welt gesprochen wurde.

Die Bereitschaft der katholischen Jugendverbände der Welt zum Engagement für eine bessere Gesellschaft und der Wille, Entscheidungsfähigkeit und eigenständige Aufgeschlossenheit für Evolutionen bei den Mitgliedern zu fördern und dabei ohne Rücksicht auf Konfession oder Herkunft mit allen zusammenzuarbeiten, klang optimistisch: Sie wird allerdings angesichts ihrer Unverbindlichkeit auf eine Realisierung nicht nachzuprüfen sein. Anders verhält es sich nur bei einigen wenigen der neun Punkte des Manifestes, die Begegnungen und Sprachkurse fördern, Friedens- und Emanzipationsbewegungen unterstützen und freiwillige Entwicklungsdienste einrichten wollen. Hier läßt sich intensiv planen und koordinieren. Was aber vermag im Anschluß daran, vom gutgemeinten verbalen Engagement abgesehen, die Erwartung, die Kirche sollte jedes „falsche Prestigedenken“ aufgeben, politische Bündnisse auflösen und ihre innere Erneuerung nicht vergessen?

Alle Forderungen und Erwartungen an die Adresse der

Jugendverbände, der Massenmedien wie auch an die Regierungen der industrialisierten Länder in Ost und West provozieren die Frage nach den Möglichkeiten der nationalen und internationalen Verbände dieses Weltbundes, ihre Erwartungen an Ort und Stelle mit Nachdruck zu fördern und soweit als möglich mit positivem Ergebnis abzuschließen.

Im Anschluß an den Weltkongreß erfolgte die seit längerer Zeit geplante offizielle Vereinigung der Weltbünde der männlichen und weiblichen Jugend, wobei vorausgesetzt wird, daß dieses Modell nach und nach auch in den nationalen Gliederungen eine Nachahmung findet. Von den übrigen Beratungen dieser Delegiertenversammlung ergaben sich keine Ansätze zu einer Präzisierung oder Pointierung des vom Kongreß vorgelegten Programmes. Damit ist den nationalen Verbänden, in Deutschland dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Initiative in die Hand gegeben, den zunächst großangelegten und am Ende sehr zaghaf्त dosierten Ansatz, den „Wunsch nach Frieden“, in eine diesem Ziel angemessene Aktion umzusetzen.

Österreichs katholische Presse in der Krise

Die Krise um die kulturpolitische Wochenzeitung „Die Furche“, eine der beiden überregionalen katholischen Wochenzeitungen in Öster-

reich, die um die Jahreswende 1967/68 die Gemüter im Lande erregt hatte, scheint in ihrer akuten Phase beendet zu sein. Sie endete gut österreichisch in einem Provisorium, deshalb in einer latenten Krise. Die österreichischen Bischöfe, die zunächst in den ersten Wochen des Jahres 1968 vom Wiener Erzbischof, Kardinal König, zu einer gesamtösterreichischen Aktion für die Erhaltung der „Furche“ als einem Blatt, das vornehmlich dem Dialog der Kirche mit den Fernstehenden dient, gewonnen werden sollten, haben sich bei ihrer letzten Konferenz im April nur kurz mit der Zeitschrift befaßt und, wie es heißt, „der neuen Linie der ‚Furche‘ sogar ihr Wohlwollen“ ausgedrückt. Nicht unbeteiligt an diesem Stimmungsumschwung unter den Bischöfen soll eine Besuchsreise des Geschäftsführers des Wiener Preßvereins Herold, des Eigentümers des Verlages Herold und Herausgebers der „Furche“, Generaldirektor Willy Lorenz, gewesen sein, der den Bischöfen versicherte, daß der Verlag keine bischöflichen Geldmittel für die Weiterführung der „Furche“ brauche und der außerdem die Bischöfe davon überzeugen konnte, daß die neue Linie der „Furche“ den Interessen der Kirche in Österreich entspreche. Kann der Fall „Furche“ damit ad acta gelegt werden?

Die Ereignisse um die Jahreswende

Vielleicht ist es doch erforderlich, sich die Ereignisse seit November 1967 in Erinnerung zu rufen, wobei sich auch einige Bemerkungen zur Vorgeschichte als notwendig erweisen werden, die übrigens erstaunlicherweise offen von Generaldirektor Lorenz unter dem Titel „Die Inside-story der Furche“ in der Nr. 1/1968 der „Furche“ dargestellt wurde. Was allerdings nicht in der Inside-story zu lesen war, ist, daß schon seit einiger Zeit starke Spannungen zwischen dem bis Ende 1967 amtierenden, dann gekündigten und während der derzeit laufenden Kündigungsfrist beurlaubten Chefredakteur der „Furche“, Kurt Skalnik, und dem Generaldirektor des Verlages bestanden. Eine Spannung, die sowohl verschiedene politische

Anschaungen als auch organisatorisch-technische Differenzen zu Ursachen hatte. Skalnik betonte immer eine stark republikanische Haltung, andererseits ist Generaldirektor Lorenz als Monarchist bekannt, ebenso wie der bis Ende 1967 in der Redaktion amtierende und zensurierende Vertreter des Herausgebers, der dort auch als solcher bekannt war und der seine Meinung auch in der Redaktion zum Ausdruck brachte. Zur Behebung der organisatorisch-technischen Differenzen zwischen Redaktion und Verlagsleitung war nach dem Rücktritt von Prof. Anton Burghardt als Herausgeber ein Konsortium aus sechs Personen bestellt worden, das zwischen Herausgeber und Redaktion stand und wohl mit beiden Seiten zahlreiche Gespräche führte, aber keine Verbesserung der Situation zustande bringen konnte. Diesem Umstand sowie den politischen Differenzen, die nicht nur gegenüber dem Chefredakteur sondern auch gegenüber anderen Mitgliedern der Redaktion bestanden, trug man dadurch Rechnung, daß K. Skalnik sowie zwei weiteren Mitgliedern der Redaktion mit Jahresende 1967 gekündigt wurde. In den Kündigungsschreiben wurde jedoch nicht, wie zu erwarten war, als Grund für die Kündigung die unterschiedliche Auffassung über die Linie des Blattes oder über die technische Führung angegeben, sondern rein finanzielle Gründe. Der Chefredakteur wurde sofort beurlaubt. Aus Solidarität zu ihrem Kollegen und vor allem aus Empörung über die Verschleierungstaktik des Verlages kündigten zwei weitere Redakteure des Blattes von selbst. Die vier Redakteure, deren Verhältnis zur „Furche“ nun gelöst war (mit Ausnahme des Chefredakteurs) beriefen eine Pressekonferenz ein, um die Öffentlichkeit über die Vorgänge zu informieren. Bei dieser Pressekonferenz kam leider nicht die ganze Problematik zur Sprache, vielmehr glitt die Veranstaltung in eine einseitige Polemik gegen den Wiener Kardinal ab, der als Protektor des Wiener Preßvereins Herold fungierte. Die Zuhörer mußten den Eindruck gewinnen, daß einzig politische Gründe für die Kündigung ausschlaggebend waren, was sicher nur für einen Teil der Gekündigten galt und auch nicht der einzige Grund war.

Scheitern einer gesamtösterreichischen Basis

Die angeblichen Sparmaßnahmen des Verlages muteten um so unglaubwürdiger an, als inzwischen durchgesickert war, daß ein neuer Chefredakteur bereits in Aussicht genommen war, der seinerseits zugesichert erhalten hatte, daß er neue Kräfte einstellen könne. Dieses Gerücht wurde jedoch vom Verlag heftig dementiert, um die „Spartheorie“ zu stützen. Nach Bekanntwerden dieser Pläne lehnte jedenfalls der in Aussicht genommene neue Chefredakteur die Annahme dieses Postens ab, so daß sich der Generaldirektor des Verlages Herold selbst gezwungen sah, die Chefredaktion zu übernehmen. Neue Redakteure wurden nicht aufgenommen, doch sah man sich zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes gezwungen, eine Reihe von Pauschalisten einzustellen sowie die Zahl der Beiträge freier Mitarbeiter im Blatt zu erhöhen.

Der neue Chefredakteur ließ sich bei seinem Amtsantritt vom Vorstand des Vereines Herold bestätigen, daß er kein Honorar für die Tätigkeit erhalten werde, sein Amt aber auch erst dann abzugeben brauche, wenn er selbst zurücktreten wolle. Rettungsversuche zu Beginn des Jahres 1968, vor allem unter Beteiligung von persönlichen Vertretern der österreichischen Bischöfe, Vertretern der

Katholischen Aktion und anderer katholischer Organisationen, die auf Initiative Kardinal Königs unternommen wurden, scheiterten. Die genannten Vertreter hatten eine gesamtösterreichische Basis für die „Furche“ gefordert, womit eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit des Blattes vom Verlag, entsprechende finanzielle Ausstattung, ein angemessenes Werbebudget sowie die Bestellung des Chefredakteurs durch ein gesamtösterreichisches Herausgebergremium, das Bischöfe und Organisationen bestellen sollten, verbunden gewesen wäre. Als Gegenleistung an den Verlag hätte man sich für eine verstärkte Werbung für die „Furche“ in den österreichischen Diözesen — das hauptsächlich Absatzgebiet der „Furche“ liegt im Osten Österreichs — eingesetzt sowie sich bemüht, zusätzliche Gelder für den Verlag zur Weiterführung der „Furche“ flüssig zu machen. Der Verein Herold lehnte diese „Einmischung“ ab.

Der gegenwärtige Kurs der „Furche“

Die österreichische Öffentlichkeit hat an den Vorgängen, besonders um die Jahreswende 1967/68, großen Anteil genommen. Viele Personen haben sich an Aktionen für die „Furche“ beteiligt oder sogar zu solchen aufgerufen, die selbst nicht ständige „Furche“-Leser waren. Dies beweist die starke Beachtung, die das Blatt über den engeren katholischen Bereich hinaus bisher fand. Der Schwerpunkt in den Redaktionen lag in der Befürchtung einer Änderung der Linie der „Furche“. Soweit sich über den Zeitraum der ersten vier Monate etwas aussagen läßt, ist tatsächlich eine gewisse Änderung der Linie mit einem Einschlag nach rechts erfolgt. Jedoch wahrscheinlich mehr aus dem Grund, weil die dialogfreudige Gruppe, die früher in der „Furche“ schrieb und mit der alten Redaktion auch persönlich verbunden war, aus begrifflichen Gründen nicht mehr schreiben wollte. Es muß jedoch festgestellt werden, daß sich die derzeitige Redaktion bemüht, verschiedenen Richtungen im Katholizismus Österreichs Rechnung zu tragen. Die Frage ist nur, ob eine kulturpolitische Wochenzeitung ohne eine bestimmte Linie bzw. eine Pointierung in gewissen Grundfragen der Innen-, Außen- und Kulturpolitik, aber auch in kirchlichen Fragen auskommen kann. Obwohl von verschiedenen Seiten auf eine Konsolidierung der redaktionellen Besetzung gedrängt wird, scheint der neue Chefredakteur und Generaldirektor die Zügel in der Hand behalten zu wollen. Gespräche mit möglichen neuen Chefredakteuren wurden geführt, doch konnte man den Eindruck gewinnen, daß diese Gespräche so lustlos geführt wurden, daß sie allfällige Kandidaten bereits abschreckten. Der Preis für die Reduzierung der Redaktion ist die derzeitige Inaktualität des Blattes, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kommt, daß die „Furche“ wesentlich weniger zitiert und im öffentlichen Leben kommentiert wird als früher. Die Auflagenziffer — die zur Zeit des Führungswechsels mit 9000 vom Verlag angegeben wurde — ist allerdings nach Aussagen des Verlages inzwischen gestiegen, was jedoch von anderer Seite bezweifelt wird. Eines scheint jedoch festzustehen — die „Furche“ spielt derzeit im österreichischen politischen, kulturellen sowie kirchlichen Leben eine geringere Rolle als noch vor einem halben Jahr, und nur eine Konsolidierung der redaktionellen Besetzung sowie eine großzügige Umgestaltung des Blattes und gezielte Werbung werden diesen Zustand ändern können.

Für die kirchliche Pressearbeit symptomatisch?

Es erhebt sich die Frage, warum der Fall „Furche“ hier so ausführlich geschildert wurde? Die Antwort darauf ist ebenso einfach wie entmutigend. Die Pressepolitik, die im Fall „Furche“ (nicht) zur Anwendung kam, ist symptomatisch für die gesamte kirchliche Pressearbeit in Österreich, von Einzelinitiativen abgesehen. Schon in den Beschlüssen des Katholikentages 1952 in Mariazell findet sich die Forderung nach einer Koordinierung der kirchlichen Pressearbeit, um der Zersplitterung entgegenzuwirken, sowie nach einem kirchlichen Pressekonzept. Inzwischen hat sich die Situation eher zum Schlechteren als zum Besseren gewendet. Die zweite katholische Wochenzeitung Österreichs, „Der Volksbote“, die in Innsbruck im Verlag Tyrolia erscheint, weist zwar noch eine höhere Auflagenziffer (über 20 000) auf, wird jedoch ebenfalls von verlegerischer Seite stiefmütterlich behandelt, sei es in Fragen der Werbung, sei es bei der Einräumung von Möglichkeiten moderner Blattgestaltung.

Woran es vor allem mangelt, ist eine großzügige gesamtösterreichische Initiative, die auf einem wohlgedachten Konzept und auf einer genauen Marktforschung aufgebaut ist. In Österreich erscheint es nach den bisherigen Erfahrungen nicht einmal möglich, ähnlich wie in der Deutschen Bundesrepublik, eine von der Bischofskonferenz finanzierte Wochenzeitung herauszubringen, wie immer man auch ein solches Retortenprojekt beurteilen mag. Pressepolitische Initiativen sind der mehr oder minder vorhandenen — jedoch völlig freiwilligen — Zusammenarbeit der diözesanen Preßvereine und kirchlichen Verlage überlassen, die wieder teilweise durch veraltete rechtliche Konstruktionen und Bindungen an defizitäre Wirtschaftszweige gehemmt werden. Eine gesamtösterreichische Kompetenz auf dem kirchlichen Pressesektor existiert nicht, aber es ist auch nicht einmal der Wille zu einem Eingreifen bei dringend notwendigen Projekten vorhanden; letztes Beispiel hierfür ist der Plan einer neuen Monatsillustrierten der Katholischen Jugend, die aus einer Zusammenlegung der bisher von den einzelnen Gliederungen der Katholischen Jugend herausgegebenen Zeitschriften entstehen soll. Ein Ansuchen an die Österreichische Bischofskonferenz um eine Starthilfe für dieses Unternehmen in der Höhe von nur rund S 100 000. — — man bedenke, daß es keine repräsentative katholische Jugendzeitschrift in Österreich gibt — wurde abgelehnt. Die Jugend bleibt sich selbst überlassen — die Chance, ein zugkräftiges Presseerzeugnis auf diese Art und Weise auf die Beine zu stellen, ist gering.

Rückgang qualifizierten Nachwuchses

Das kirchliche Verständnis in Österreich von der Presse und ihren Aufgaben entspricht (leider) den Auffassungen des Konzilsdekretes über die Massenmedien, das doch in der Fachwelt fast durchweg Ablehnung gefunden hat, daß die Presse kirchlichen Zielen zu dienen hat. Sie stellt für eine gewisse Mentalität nicht einen Sektor dar, der Investitionen verlangt, sondern hat vielmehr noch Gewinne abzuwerfen, die zur Finanzierung anderer Projekte dienen.

In den letzten 20 Jahren konnte auf dem österreichischen Pressesektor trotz der fehlenden Einsicht kirchlicher Stellen dennoch eine beachtliche Position für die katholische Publizistik gehalten werden. Katholische Journalisten haben bedeutende Positionen in der unabhängigen Presse

inne, doch zeigt das Nachlassen des katholischen Nachwuchses, eine Folge der mangelnden Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterbildung von Journalisten, auch auf diesem Gebiet bereits einen Niedergang an. Mehrmalige Vorstöße, für die Förderung des journalistischen Nachwuchses entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten und Stipendien zu schaffen, blieben ungehört. So triste das gemalte Bild aussieht, ein geringer Hoffungsstrahl leuchtet seit der letzten Bischofskonferenz, die sich nach langem Drängen und vielen Vorüberlegungen entschlossen hat, einen Presserat bzw. eine Pressekommission der Bischofskonferenz zu schaffen, der katholische Journalisten und Publizisten angehören werden. Aufgabe dieses Presserates ist die Beratung der Bischofskonferenz in Presseangelegenheiten. Die Mitglieder des Presserates wurden bereits von der Bischofskonferenz fixiert. Die erste Sitzung soll noch vor dem Sommer stattfinden.

Päpstliche Stellungnahmen zu aktuellen Fragen Während der letzten Wochen und Monate hat Papst Paul VI. in verschiedenen Ansprachen zu verschiedenen aktuellen kirchlichen und gesamtgesellschaftlichen Themen Stellung genommen. Die Ansprachen lassen sich in etwa nach drei Themenkreisen gruppieren: 1. Entwicklungsfragen und Fragen der Menschenrechte; 2. Sicherung und Wiederherstellung des Friedens; 3. Fragen der Lehre und der Gefährdung des Glaubens heute.

Zum ersten Themenkreis äußerte sich der Papst auf einem Empfang von etwa 150 Teilnehmern an der Tagung einer gemischten Kommission der FAO (Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation) und WHO (Weltgesundheitsorganisation), die in Rom Anfang März zur genaueren Ausarbeitung internationaler Normen für die Nahrungsmittelzubereitung, -kennzeichnung und -qualität (des Codex Alimentarius) zusammentrat. (Der Vatikan unterhält durch sein Beobachterbüro bei der FAO wie durch die Kommission „Gerechtigkeit und Friede“ enge Kontakte mit dieser Unterorganisation der UNO). Die Bedeutung der Arbeit der Kommission sah der Papst — unter Verweis auf *Populorum progressio* — darin, daß sie zum Abbau der ungleichen Chancen in den Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen und somit zur Absatzsteigerung der ersteren beitragen (vgl. auch *Populorum progressio*, Abschnitt 57). Er begrüßte vor allem die Tatsache, daß hier ein Versuch gemacht wurde, in einem eng begrenzten Rahmen ein weltweites, aufeinander abgestimmtes Programm aufzustellen („Osservatore Romano“, 2. 3. 68).

Rechtfertigung von „*Populorum progressio*“

Zum Jahrestag der Veröffentlichung von *Populorum progressio* erinnerte der Papst daran, daß nur die Religion jene Lebensauffassung zu bieten vermag, von der her die heutigen wirtschaftlichen und politischen Probleme ihre logische Stringenz und ihre menschliche Dringlichkeit erhalten; sie sehe nämlich im „Fortschritt der Menschen eine Intention Gottes“. An die Adresse der Kritiker der Enzyklika gerichtet, erwiderte der Papst auf den ersten Vorwurf (die Enzyklika nehme gegen den Wirtschaftsliberalismus Stellung), es sei ihm lediglich um eine Gesamtschau des Menschen gegangen, in der die wirtschaftlichen Prozesse den Forderungen des Gemeinwohls unterzuordnen seien. Den zweiten Vorwurf (er vertrete

eine Theologie der Revolution und der Gewalt) bezeichnete er als ein Mißverständnis, da die „Einführung neuer Formen des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts positive, mutige und intensive Schritte“ erfordere („Osservatore Romano“, 28. 3. 68). Die dritte Kritik (die Förderung des Fortschritts der Völker sei eine so komplexe Frage, daß sie die Kompetenz eines einzelnen wie der gesellschaftlichen Zwischengebilde überschreite) sei zwar berechtigt, jedoch sehe die Enzyklika nur darauf, die Entwicklungsproblematik in aller Schärfe allen Menschen und jedem einzelnen Christen zu Bewußtsein zu bringen, da das Gebot der Nächstenliebe weltweit geworden sei.

Von der Enzyklika *Populorum progressio* inspiriert war auch die in Beirut vom 21.—27. April 1968 tagende Konferenz zur internationalen Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen. Sie war die erste größere Veranstaltung einer von der päpstlichen Kommission „Gerechtigkeit und Friede“ und vom Weltrat der Kirchen gemeinsam gebildeten Studiengruppe (vgl. ds. Heft, S. 278). In seiner Botschaft an den Sekretär der Kommission, J. Grémillion, betonte der Papst die Bedeutung der Konferenz, die darin liege, daß zum ersten Male die christlichen Kirchen „ihre Kräfte und Mittel gemeinsam einsetzen, das Verantwortungsbewußtsein der Christen angesichts der ständig wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Völkern zu schärfen und jene an ihre Verantwortung zu erinnern, die sie bereits vergessen haben“ („Osservatore Romano“, 22./23. 4. 68). Zwar sei die volle Einheit in Lehrfragen noch nicht erreicht, doch könne „der Ökumenismus gerade auf diesem Gebiet zu unmittelbaren und konkreten Ergebnissen führen“. Da die Ungeduld der Armen ständig wachse, müßten alle Menschen guten Willens sowie die Regierungen ohne Zögern handeln.

Menschenrechte und Rassendiskriminierung

Ein weiterer Anlaß zu einer päpstlichen Botschaft bildete der 20. Jahrestag der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, zu dem sich 1300 Delegierte aus 80 Nationen am 22. April zu einer internationalen Konferenz der Menschenrechte in Teheran zusammenfanden (vgl. ds. Heft, S. 292). Ziel der Konferenz war die Förderung der in der „Allgemeinen Erklärung“ enthaltenen politischen, staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Menschen. Eine Delegation des Vatikans unter Führung des Rektors der katholischen Universität Notre-Dame, Th. Hesburgh, nahm an ihr teil. In einem persönlichen Handschreiben an den Präsidenten erklärte Paul VI., trotz der „berechtigten Einwände und Vorbehalte, die, wie sein Vorgänger Johannes XXIII. betont habe, gegen die Erklärung erhoben wurden“, sei sie doch ein „wesentlicher Schritt zur Errichtung einer rechtlich-politischen Organisation einer Weltgemeinschaft“. Unter Verweis auf *Pacem in terris* forderte er „die wirksame Garantierung der Rechte der menschlichen Person“ durch die UNO. Er begrüßte die Absicht der Konferenz, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das im Anschluß an das Jahr der Menschenrechte durchgeführt werden solle. Die „Rassendiskriminierung entfacht soviel Unruhe, die soziale Ungerechtigkeit, das wirtschaftliche Elend und die ideologische Unterdrückung führen zu soviel Revolten“, daß „die Versuchung zur Gewaltanwendung“ groß sei. Doch dürfe man ein Übel nicht mit einem noch größeren Übel bekämpfen. In diesem Zitat aus *Populorum progressio* übergang der Papst freilich die dort genannte einzige Bedingung, unter der er eine Revolte als legitim

erklärte, die dann gegeben sei, wenn eine „eindeutige und lange dauernde Gewaltherrschaft... die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes schwer schadet“ (Abschnitt 31). Eine bloße „Proklamierung von Rechten“ nütze nichts, wenn man nicht gleichzeitig alles unternehme, damit diese „von allen, überall und für alle“ respektiert werden („Osservatore Romano“, 22./23. 4. 68).

Zur Friedensfrage

Zur Friedensfrage äußerte sich der Papst anlässlich des ersten internationalen Weltkongresses der katholischen Jugend in Berlin, der unter dem Thema des Beitrag der Jugend zur Sicherung des Friedens stand (vgl. ds. Heft, S. 253). Kardinalstaatssekretär A. G. Cicognani übersandte im Auftrag Pauls VI. eine Botschaft an die beiden Präsidenten des Weltbundes der katholischen Männer- und Frauenjugend, Paolo de Sandre und Margherita Moyano Llerena („Osservatore Romano“, 18. 4. 68). Die Jugend erfasse — so hieß es in dem Schreiben — „mit größerem Scharfsinn die neuen auf friedlichen Fortschritt ausgerichteten zivilisatorischen und kulturellen Möglichkeiten“. Friede sei nicht „Abwesenheit des Krieges“, sondern entstehe durch Zusammenarbeit aller Menschen, die sich als Brüder ansehen. Seine Wurzel liege im Menschen selbst; ebenso seine Gefährdung. Seine Verwirklichung erfordere inneres Umdenken, Beherrschung von Ehrgeiz und Egoismus, Verständnis, Achtung und Liebe zum Bruder, Ausdauer und Verzicht auf jede Neigung zur Gewalt, weltweite Respektierung der Rechte der einzelnen wie der Völker (vor allem Beendigung der Rassendiskriminierung). Der spezifische Beitrag der Jugend liege in ihrer Mitwirkung an der Bildung eines neuen Bewusstseins der öffentlichen Meinung, vor allem durch ihren ein- oder mehrjährigen Einsatz im Rahmen der Entwicklungshilfe.

In diesen wie auch in den ersten Themenkreis hinein spielte auch die diesjährige Osterbotschaft des Papstes („Osservatore Romano“, 16./17. 4. 68). In ihr erklärte der Papst, die Auferstehung Christi als ein durch „natürliche Ursachen nicht erklärbarer“ Machterweis Gottes gebe durch ihre innere Dynamik auf die Erneuerung des Menschen hin die Hoffnung, daß das Fortschrittsbemühen zu einer echten, wenn auch immer bedrohten menschlichen Vollendung führen werde. Der Papst beschwor sodann die Kriegführenden in Vietnam, im Vorderen Orient und in Nigeria, den Frieden auf dem Verhandlungswege zu suchen. Mit dem Aufruf an Nigeria knüpfte der Papst an den gemeinsamen Friedensappell an, den die katholische Kirche und der Weltrat der Kirchen bereits am 20. März 1968 an Nigeria gerichtet hatten. Im letzten Teil seiner Botschaft streifte der Papst den Mord an Martin Luther King sowie die Menschenrechtskonferenz in Teheran.

Mehr indirekt in die Friedensthematik hinein spielten einige Gedanken des Papstes in seiner Ansprache vom 27. April 1968 an die Teilnehmer der von der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Studienwoche über „Organische Materie und Fruchtbarkeit des Bodens“. In ihr erinnerte er daran, daß die Wissenschaft, richtig in den Gesamtzusammenhang des menschlichen Lebens eingeordnet, zum „sittlichen“ und „religiösen Fortschritt“ der Menschheit beitragen könne. Dem Wohl der Menschheit zu dienen sei ihre oberste Aufgabe. Allerdings tragen die Wissenschaftler angesichts der durch die moderne Physik ermöglichten globalen Zerstörungskapa-

zität moderner Waffen eine große Verantwortung. Man müsse daher den Mut haben, „die Herstellung und den Einsatz von atomaren und bakteriologischen Waffen... mit allen Mitteln zu verhindern...“ („Osservatore Romano“, 28. 4. 68).

Lehrhafte Abgrenzungen

Auf dem dritten Themenkreis bezog sich die Ansprache des Papstes vor dem sechsten Internationalen Kongreß der Alttestamentler, der am 19. April 1968 unter dem Vorsitz des derzeitigen Rektors des Päpstlichen Bibel-institutes, A. F. Mackenzie, in Rom zu Ende ging und an dem rund 150 katholische, orthodoxe, protestantische und jüdische Gelehrte aus 25 Nationen (darunter Ungarn, Polen, Jugoslawien, ČSSR, UdSSR) teilnahmen. Der Papst betonte hier u. a. den ökumenischen Aspekt der Tagung. Das „Alte Testament ist unser gemeinsames Gut. Juden, Protestanten und Katholiken schätzen es in gleicher Weise... sie können mit den gleichen Texten beten“. Weiter wies der Papst auf die Fortschritte der letzten Jahre in den alttestamentlichen Studien, auf die Bedeutung des Alten Testaments als eines sowohl literarischen als auch religiösen Werkes hin.

Zu nennen wäre auch seine Botschaft zum Fünften Welttag der geistlichen Berufe, in der er — ohne Schmälereiung des allgemeinen Priestertums der Gläubigen — auf die Notwendigkeit des Amtspriestertums hinwies. Nicht ohne Anspielung auf bestimmte Vorgänge in einigen Ländern sagte der Papst, daß sich das „Schicksal der Kirche“ nicht nur auf „charismatische Erscheinungen und Bewegungen“ gründen könne, da diese auf die Bestätigung durch das Amtspriestertum angewiesen seien. Den Priestermangel begründete er mit der „geringen Anziehungskraft des kirchlichen Lebens“, mit einem „glaubenslosen Atheismus“ oder einem „zum Lebensideal gewordenen Hedonismus“, der sich in „weiten Kreisen“ ausbreite, sowie damit, daß „der Dienst in der Kirche... dem Denken der jungen Generation“ fern stehe.

Ebenso besorgt äußerte sich der Papst über die von ihren technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften „völlig eingenommene“ und sich immer mehr „vom Sinn für Gott“ loslösende moderne Welt in seiner Ansprache vom 25. April 1968 („Osservatore Romano“, 26. 4. 68), in der er zu den Gefahren und Irrtümern Stellung nahm, die sich heute in einigen Teilen der Welt zeigten. Diese Errungenschaften erforderten keineswegs den „Tod Gottes“ — womit der Papst zum erstenmal die sog. „Theologie nach dem ‚Tod Gottes‘“ erwähnte —, also keine „atheistische, jeder Religion fernstehende Mentalität“, sondern im Gegenteil einen „tieferen... Sinn für Gott“, eine „reinere und lebendigere Religion“. Der Papst wandte sich gegen „gewisse katholische Kreise“, in denen die „Idee der Veränderung“ zum Durchbruch gekommen und an die Stelle des von Johannes XXIII. gewollten „aggiornamento“ getreten sei, dem man dabei Kriterien zuschreibe, die manchmal „die Lehre und Disziplin der Kirche selbst zerstören“. Mögen auch unbestritten viele Dinge in der Kirche reformbedürftig sein, so dürfe jedoch an zwei Dingen nicht gerüttelt werden: an den von der „Tradition und vom kirchlichen Lehramt als deren Norm sanktionierten Glaubenswahrheiten“ sowie an den „die Kirche selbst konstituierenden Gesetzen“, aus denen sich der Gehorsam gegenüber dem Hirtenamt ergebe. „Deshalb: Erneuerung, ja; willkürliche Abänderung, nein. Eine immer neue und lebendige Geschichte

der Kirche, ja; ein die Verpflichtung zur dogmatischen Tradition zersetzender Historizismus, nein. Theologische Integration nach den Lehren des Konzils, ja; eine freie, artfremden Quellen entlehnte Theologie nach subjektivem Ermessen, nein. Eine der ökumenischen Liebe, dem verantwortungsvollen Dialog und der Anerkennung der christlichen Werte bei den getrennten Brüdern geöffnete Kirche, ja; einen auf die Glaubenswahrheiten verzichtenden Irenismus..., nein. Religionsfreiheit für alle im Rahmen der zivilen Gesellschaft wie Freiheit der Person, sich die Religion nach begründeter Gewissensentscheidung selbst zu wählen, ja; Gewissensfreiheit als Kriterium für die religiöse Wahrheit, ohne die authentische Grundlage eines ... bevollmächtigten Lehramtes, nein.“ Daher — so schloß der Papst — brauche die Kirche heute die Unterscheidung und Treue ihrer Gläubigen.

Reformierte Reformsynode in Royan Der Protestantismus in Frankreich, eine einflußreiche Minderheit von rund 800 000 Gläubigen, befindet sich auf dem dornigen Wege, seine Zerstreuung bzw. seine Entfremdung aus den Traditionsenklaven durch eine kirchliche Union zwischen der Église Réformée de France (ERF), etwa die Hälfte der Protestanten umfassend, und zwei reformierten Minderheitenkirchen, die im Fundamentalismus stecken blieben, sowie den lutherischen Minderheiten zu vollziehen (vgl. die Vorbereitung auf der Zwölften Vollversammlung der „Fédération Protestante de France“, in: Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 575 f.). Was 1966 in Colmar nicht gelang, soll im kommenden Jahr versucht werden, und dazu hat die Synode der ERF in Royan (1. bis 5. Mai 1968) einige Vorarbeit geleistet, nachdem im Februar dieses Jahres von den vier beteiligten Denominationen ein Unionsprojekt auf der Linie der internationalen Übereinkunft zwischen Reformierten und Lutheranern entworfen worden war (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 115). Dieser Entwurf passiert zur Zeit die Regionalsynoden. Man hofft, diesmal die orthodoxe Minderheitenmentalität zu überwinden, die 1938 den ersten Versuch scheitern ließ, wie es Roger Mehl in seinem „Traité de sociologie du protestantisme“ berichtet (S. 234 f.). Noch immer gilt, was Mehl darlegt, daß der Protestantismus keine soziologisch hervortretende, aus einem zentralen hierarchischen Kult folgende Ekklesiologie entwickelt habe wie der Katholizismus (ebd. S. 275 f.). Aber immer dringlicher wird geltend gemacht, daß der angelaufene Dialog mit dem wiederbelebten Katholizismus eine gemeinsame evangelische Haltung erfordere („Réforme“, 27. 4. 68). Worauf soll sie sich gründen?

Überprüfung der Fundamente

Diese Frage beschäftigte die Synode der ERF. Die beiden Punkte der Tagesordnung, Union und Glaubenskrise, wurden nicht getrennt behandelt. Das verhinderten auch die Theologiestudenten von Montpellier und Paris, die in einem Streik gegen Vorlesungen wie Examen erschienen waren, um gegen den autoritären Lehrbetrieb, gegen sklerotische Erscheinungen in Pfarrseelsorge und Katechese an Ort und Stelle Einspruch zu erheben. Nach „Le Monde“ (5./6. 5. 68) wurde diese „Studentenunruhe“ zur heilsamen Peitsche, um die „Konservativen“ und die „Fortschrittlichen“ zu gemeinsamen Entschlüssen zu bewegen.

Es begann am ersten Tag mit einer anfangs geheimen und privaten Session zur Prüfung der kirchlichen Gesamtlage, zu der erst zum Schluß Vertreter der Presse zugelassen wurden. Der Druck seitens der jungen Theologen zwang zu raschem Vorgehen. Sie fragten, ob durch die zersplitterten Pfarreien noch deutlich werde, was eigentlich Kirche ist und wie sie ihren Auftrag in der modernen Gesellschaft erfüllen kann. Es war von Nutzen, daß die theologischen Sachfragen, u. a. die Aufnahme der neuen Theologie und Exegese in den Lehrbetrieb, mit wichtigen Personalveränderungen zusammentrafen.

Anstelle des überalterten Präsidenten Pierre Bourguet wurde der 48jährige Pfarrer Jacques Maury gewählt, ein Bruder des unlängst verstorbenen Leiters der Informationsabteilung des Weltkirchenrates, Delegierter des Protestantentbundes für Missionfragen auf der Vierten Vollversammlung des Weltrates in Uppsala und sehr geachtet bei den Katholiken durch seine Mitarbeit in der neu gebildeten gemeinsamen Studienkommission mit Vertretern der römisch-katholischen Kirche, darunter zwei Bischöfen (s. u.).

Auch die zehn Pfarrer und zehn Laien, die man in den Nationalrat wählte, sind wesentlich jünger. Ihnen obliegt die Durchführung der Synodaldirektiven. Wichtig ist die Bildung einer Kommission für Evangelisation unter dem bei den Theologiestudenten beliebten Pfarrer Georges Crespy, der auch das theologische Arbeitsdokument für den Nationalrat in den nächsten drei Jahren entworfen hat. Der Text wurde fast einstimmig gebilligt. Der Grundzug dieses Dokuments folgt der Generallinie, die von den Studenten unter Berufung auf das erwähnte Buch von Roger Mehl verlangt wurde: die Theologie soll nicht auf ein Alleswissen bedacht sein, sondern mehr in der Erkenntnis der heutigen Realitäten wurzeln. Der Auftrag der Synode lautet, die kirchliche Erneuerung zu beschleunigen, und zwar auf verschiedenen Wegen, durch eine Neuordnung der Pfarreien nach soziologischen Erkenntnissen, Zulassung von pastoralen Experimenten, bessere Ausbildung der Laien durch Unterricht über den Stand der theologischen Forschung und Aufgeben der unverständlichen Fachsprache: „Wir müssen uns weigern, Gott in unsere Begriffe einzusperren.“ Das bewirke Selbstisolierung und hindere die Ausbreitung des Evangeliums unter den Armen, für die es bestimmt ist. Generell will man eine Beseitigung der religiösen Unwissenheit und darum auch eine bessere Kenntnis des Katholizismus, mit dem man gemeinsam die Probleme der säkularen Welt bestehen müsse.

Dafür plädierte wiederum der bekannte Konzilsbeobachter Pfarrer Hébert Roux. Als Beauftragter für die Kontakte zur römisch-katholischen Kirche hielt er ein eigenes Referat über sein Arbeitsgebiet und teilte mit, daß im März 1968 eine gemischte Arbeits- und Studienkommission aus je sechs Repräsentanten gebildet worden ist mit der nächstliegenden Aufgabe, ein hilfreiches Dokument über eine gemeinsame Pastoral im sog. gemischten Bereich (Ehe und Schule) zu verabschieden, an dessen Entwurf maßgeblich der Dominikaner Renée Beaupère mitgearbeitet hat.

Neues Sakramentsverständnis

Unter den besonderen Aufgaben wurde nicht nur die Durchführung der geplanten Kirchenunion genannt, sondern auch eine Erneuerung der Katechese und des Sakramentsverständnisses. Hier wirken sich das Vorbild von

Taizé und die Erfahrungen mit der katholischen Erneuerung immer mehr aus. Übrigens hatte Max Thurian von Taizé anlässlich der Synode ein Büchlein über „La foi en crise“ (Ed du Seuil, 128 S.) veröffentlicht, aus dem „La Croix“ (7. 5. 68) einen bezeichnenden Abschnitt über das Glaubensbekenntnis in moderner Sprache abdruckte. Was die Sakramente betrifft, so wird nicht (im Gefolge der Theologie von Karl Barth) die Kindertaufe abgeschafft, sondern es wird die 1951 eingeführte doppelte Praxis als endgültig bestätigt. Dagegen wird energisch das Abendmahl aufgewertet und damit die einseitige Entwicklung zur „Kirche des Wortes“ korrigiert (die Synodaldokumente bringt „Réforme“, 11. 5. 68). Auch die Konfirmation wird neu begründet, obwohl es scheint, daß hier der schwächste Punkt der angesteuerten Reform liegt, denn der Berichterstatter zitierte wohl nicht ohne Grund das ärgerliche Wort Kierkegaards: „Die Konfirmation, eine christliche Komödie, ist noch absurder als die Kindertaufe. Sie dient dem Egoismus des Klerus, der sich des Menschen im zarten Entwicklungsalter bemächtigen will.“

Die Anweisungen der Synode zugunsten einer neuen Katechese dürften folgenreicher sein. H. Fesquet stellt in „Le Monde“ die frappierende Ähnlichkeit mit neueren katholischen Bestrebungen auf diesem Gebiet fest: nicht mehr aus dem Katechismus eine Glaubenszyklopädie für die Jugend machen, die Unterweisung auf Jesus Christus verdichten, mehr den Durst nach der Wahrheit wecken als den Geist mit Wahrheiten ausstaffieren, nicht allein die Kinder bilden, sondern auch die Erwachsenen, und zwar das ganze Leben hindurch, und vor allem zugunsten des Gesprächs und des gemeinsamen Suchens nach der Wahrheit die Kluft zwischen Lehrer und Lernenden aufheben: „Es ist unerlässlich, daß die Katechese niemals das Monopol kirchlicher Spezialisten wird, sie soll ein Werk der ganzen Gemeinde sein.“ Daher kommt „La Croix“ (7. 5. 68) zu dem Urteil, die reformierte Synode von Royan habe „große Orientierungen“ für die kommende Vollversammlung gegeben, wenn auch die Gemeinden die Veränderungen nicht sogleich wahrnehmen würden.

Ein wesentlicher Unterschied zu amerikanischen und englischen Unionsmodellen, die gegenwärtig zur Diskussion anstehen, ist neben der Präsenz und indirekten Mitsprache der theologischen Jugend, daß gleichzeitig die theologische Grundlagenkrise mit der Strukturkrise angegangen wird, daß man es versteht, die „Konservativen“ mitzuziehen (da sie sich hinter keinem heiligen Recht verschanzen können), und schließlich, daß diese Umwandlung in engster Fühlung mit der katholischen Erneuerung geschieht und nicht im polemischen Kontrast. Man ist sich darüber klar, daß die Fortschritte in der Erneuerung der katholischen Kirche auch davon abhängen, daß der Protestantismus seine erkannten Mängel tilgt. Der Ansturm des Säkularismus eint.

Polnisches Echo auf das Bensberger Memorandum Das Bensberger Memorandum war nicht das erste westdeutsche Dokument, das zur deutsch-polnischen Versöhnung Stellung nimmt, und die Polen bemerken recht oft die „Verspätung“ und die „mangelnde Originalität“ des Dokuments. Dennoch hat es in Polen starke Reaktionen hervorgerufen. Der gute Wille und die Bemühungen des Bensberger Kreises um die deutsch-polnische Versöhnung werden fast all-

gemein anerkannt. Der Inhalt des Memorandums rief neben positiver Stellungnahme viele Bedenken, Einwände und — manchmal leider auch unsachliche — Angriffe hervor.

Oder-Neiße steht nicht zur Diskussion

Positive Aufnahme fand in Polen natürlich die Anerkennung der Haftungspflicht für das im Zweiten Weltkrieg am polnischen Volk begangene Unrecht, die Befürwortung des Heimatrechts für die in den Oder-Neiße-Gebieten wohnenden Polen und die Kritik an der „unkonsequenten Haltung“ der Bundesregierung Polen gegenüber. Auch die Forderung nach Wiedergutmachung für polnische Kriegsgeschädigte wird anerkennend hervorgehoben, gelegentlich auch die Forderung nach Errichtung der vollen kirchlichen Hierarchie in den Oder-Neiße-Gebieten.

Die Stellung des Memorandums zum Oder-Neiße-Problem betrachtet man allgemein als unzureichend und unbefriedigend: Seine Verfasser hätten der Regierung nicht nur die Gründe für einen Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete unterbreiten sollen, sondern sie hätten in aller Eindeutigkeit die bedingungslose und sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze fordern müssen.

Inkonsequenzen und Halbheiten sieht man in den Erwägungen möglicher zukünftiger Gespräche über die Grenzen — Gespräche, „die für Polen nicht in Frage kommen“ („Tygodnik Powszechny“, 17. 3. 68).

Radio Warschau bemängelte am 4. März 1968: „Die Formulierungen des Dokuments verschieben die formale Regelung des Grenzproblems auf zukünftige Gespräche über einen Friedensvertrag. Das heißt also, daß die Autoren des Memorandums zwar die bestehende Wirklichkeit berücksichtigen, aber sie akzeptieren den territorial-politischen Zustand, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben und seitdem verfestigt hat, nicht ganz.“

Der namhafte polnische Publizist Ryszard Wojna schreibt zu diesem Punkt: „Auf diese Weise nehmen die Verfasser wieder zurück, was sie zunächst anstrebten . . ., sie wollen in dieser Gesellschaft die Hoffnung aufrechterhalten, daß zwar nicht alles, aber doch etwas von jenen Gebietsverlusten noch rückgängig gemacht werden könnte . . . Die Hoffnung auf ‚Wiedergewinnung‘ auch nur eines Teiles bleibt Revisionismus“ („Süddeutsche Zeitung“, 6. 3. 68).

Manche Stimmen bezeichnen die Bemühungen des Bensberger Kreises um das Oder-Neiße-Problem sogar als überholt, da eine formale Anerkennung durch die Regierung der Bundesrepublik ohnehin nur noch die Bedeutung einer reinen Geste haben könne. Man geht dabei von der bestehenden Realität aus und betrachtet die Grenzen als unwiderrufliche, nur durch einen Krieg zu verändernde Tatsache. Für die Rechtfertigung des Status quo gebraucht man eine Reihe weitgehend bekannter Argumente: Festlegung der Grenzen durch Vereinbarungen der Alliierten, besonders durch das Potsdamer Abkommen; formale Anerkennung durch die DDR; De-facto-Anerkennung durch alle westlichen Länder außer der Bundesrepublik; die Oder-Neiße-Grenze als Konsequenz des von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieges. Historische Argumente scheinen zugunsten des Zeitgeschichtlichen allerdings in dieser Diskussion mehr im Hintergrund zu bleiben. „Słowo Powszechne“, die Zeitung der „fortschrittlich“-katholischen „Pax-Gruppe“, schrieb am 27. Februar 1968, noch vor der Publikation des Memorandums: „Für

Polen ist das Problem der Westgrenze entschieden, und das sowohl in den rechtlich bindenden internationalen Verträgen als auch in dem Bewußtsein unseres Volkes und ebenfalls — und das ist allgemein bekannt — in der internationalen Meinung.“

Ein immer wiederkehrender Einwand richtet sich insbesondere gegen die „isolierte“ Behandlung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Man sieht dieses Problem in unbedingtem Zusammenhang mit der Anerkennung der DDR, einer der Mitgaranten der polnischen Westgrenze, durch die Bundesrepublik und mit dem Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen, „der Bedingung sine qua non der deutsch-polnischen Annäherung“. In diesem Sinne äußert sich auch die sozial-kulturelle Wochenzeitschrift der unabhängigen katholischen „Znak-Gruppe“, „Tygodnik Powszechny“, am 17. März 1968: „Das, was uns Polen interessiert, ist eine vollständige Sicherung des Friedens . . ., das europäische Sicherheitssystem. Soweit es sich um die deutsch-polnische Angelegenheit handelt, setzt der Aufbau eines solchen Systems voraus, daß die Politik Bonns sich vollkommen ändert, daß die Bundesrepublik ihre Position als entspannungstörender Faktor in Europa aufgibt und bewußt auf die Entspannung hinarbeitet. Die Konsequenz solch einer Politik und der Beweis einer vollzogenen Wendung wäre die Erfüllung von drei Bedingungen: die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und ein ehrlicher Verzicht — seitens der Bundesrepublik — auf Atomwaffen.“

Beachtenswerter Unterschied

Die Zeitschrift der polnischen Atheistenvereinigung „Argumenty“ (24. 3. 68) leugnet das vom christlichen Geist her getragene politische Verantwortungsbewußtsein der Autoren und ihren Wunsch nach Versöhnung und Frieden als Beweggründe für die Entstehung des Memorandums. Das Hauptmotiv sieht die Zeitung vielmehr im folgenden Textfragment: „Vollziehen wir die notwendigen Einsichten [in bezug auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze] erst dann, wenn die Geschichte über sie schon zur Tagesordnung übergegangen ist, bedeutet das nicht einmal mehr eine Geste“ (Memorandum, S. 20). Die Zeitung kommentiert: „Es geht also darum, daß die Zeit drängt. Man muß sich beeilen, wenn überhaupt noch jemand diese Initiative als ein Plus anrechnen soll — das ist das Klima der Reifung des Dokuments. Es [das Dokument] ist also . . . die unabwendbare Folge . . . des Verlaufs der Ereignisse, eine Konsequenz der eindeutigen, unveränderlichen Haltung der polnischen Regierung und der Steuermänner unserer Außenpolitik in der Angelegenheit der Oder-Neiße-Grenze.“ „*Ślowo Powszechny*“ sieht hinter der „vorgegebenen“ Intention des Bensberger Kreises zunächst sogar einen von der Bonner Regierung gesteuerten feindlichen Vorstoß gegen Polen und die DDR: „Wir wissen von der Existenz solcher politischer Tendenzen in der Bundesrepublik, die unter der Losung der ‚Versöhnung‘ mit Polen, sogar um den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, über diesen Weg [die Aktivität des Bensberger Kreises] ein zweifaches Ziel erreichen möchten: die Auflockung der Bande, die Polen mit den sozialistischen Ländern verbinden, seine Isolierung und schließlich das Verschlingen der DDR.“ Später hat man diese Auffassung, wie aus Äußerungen von Pax-Vertretern in der Bundesrepublik zu schließen ist, innerhalb der Pax-Gruppe allerdings etwas revidiert.

Interessant ist die Stellungnahme der von der staatlichen Verlangsanstalt „Czytelnik“ herausgegebenen Zeitung „Zycie Warszawy“. Noch vor der Veröffentlichung des endgültigen Textes des Memorandums (Kommentar vom 18./19. 2. 68) zweifelte auch sie die tatsächlichen konstruktiven Intentionen der Verfasser an. Als wirkliche und entscheidende Triebkraft vermutete sie den deutschen Klerus mit Kardinal Döpfner an der Spitze. (In der Diskussion über das Bensberger Memorandum wird der deutsche Klerus überhaupt stark angegriffen.) Die Zeitung sprach von möglicher Übereinstimmung der Ziele des Kreises mit den Ansichten des Kardinals, die ihrerseits der für Polen verderblichen Konzeption der bundesrepublikanischen Ostpolitik entsprächen. Als spezielles Ziel wurde hervorgehoben: die Rehabilitierung des Prestiges von Kardinal Wyszyński! Nach der Veröffentlichung des Memorandums allerdings änderte „Zycie Warszawy“ seine Meinung und urteilte: „Trotz der Inkonsequenzen wird das Memorandum des Bensberger Kreises als ein Abweichen einer bestimmten Gruppe katholischer Laien sowohl von der offiziellen Politik Bonns als auch von der einheitlichen und . . . revisionistischen Front des westdeutschen politischen Katholizismus gesehen“ (3./4. 3. 68).

Positivere Einschätzung erfährt der Bensberger Kreis und sein Memorandum von der „Trybuna Ludu“, dem Parteiorgan der KPP, und dem Organ der Znak-Gruppe, „Tygodnik Powszechny“.

In der „Trybuna Ludu“ vom 2. März 1968 hieß es: „Wir erkennen die Absicht der fortschrittlichen Gruppe der katholischen Laien völlig an und sind uns ihrer schwierigen Situation bewußt.“ Der „Tygodnik Powszechny“ nennt die Verfasser und Unterzeichner des Memorandums „christlich, ehrlich und nüchtern denkende Menschen“.

Nur Stimmen der Rufenden in der Wüste?

Der direkte Einfluß des Memorandums auf die deutsche Öffentlichkeit oder gar auf die Haltung der Bundesregierung wird nach dem veröffentlichten Echo, wie zu erwarten, nicht sehr hoch eingeschätzt. Es gab auch Stimmen, die das politische und moralische Gewicht des Dokuments völlig leugnen. Den Verfassern bescheinigt man zwar guten Willen, aber man stellt sie dar als eine kleine, nichtssagende und isolierte Gruppe, die sich unter dem Druck der Vertriebenen und der Bundesregierung befindet und deren „revisionistischer Verbrecherpolitik“ machtlos gegenübersteht.

Radio Warschau (2. 3. 68) warnte seine Hörer: „Die sich in Bonn von Zeit zu Zeit meldenden Stimmen des Gewissens sind, wie die Bensberger, immer Stimmen der Rufenden in der Wüste“, oder: „Lassen wir uns nicht betrügen! Nicht der Bensberger Kreis diktiert die Politik der Bundesrepublik, es diktieren sie die Revanchisten, Militaristen, Polenfresser“ (Radio Warschau, 4. 3. 68). Der „Tygodnik Powszechny“ und auffallenderweise zum Teil auch das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ vertreten eine andere Meinung. Sie sehen die Bedeutung des Memorandums vor allem in seinem möglichen *indirekten* Einfluß auf die Politik der Bundesregierung. Man betrachtet es als möglichen Ausgangspunkt für eine meinungsbildende Diskussion, in der sich im deutschen Volk „Verantwortungsbewußtsein, Ehrlichkeit und Realitätssinn“ herausbilden könnte, und meint, daß der Druck der gewandelten öffentlichen Meinung die Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zwingen würde. Den Einfluß des

Memorandums sieht man garantiert durch seine Verfasser, deren Namen in der polnischen Presse genannt werden. Ihre Stellung als „moralische Autorität“ und „hervorragende Persönlichkeiten“ innerhalb der Gesellschaft wird hervorgehoben, besonders deutlich von „Tygodnik Powszechny“: Das Bensberger Memorandum ist „ein Dokument von großer Bedeutung, ein Dokument von ehrlichem Klang... es repräsentiert die wertvollste Elite der katholischen Intelligenz Westdeutschlands“.

Vorgänge und Entwicklungen

Die Heimatvertriebenen und die Aussöhnung mit Polen

Nach den gezielten Indiskretionen, die dem Bensberger Memorandum (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 153 ff.) vorausgegangen waren, nach dem Scheitern der gemeinsamen Besprechung zwischen Vertretern des Bensberger Kreises und den Heimatvertriebenen im Zentralkomitee der deutschen Katholiken wenige Tage vor seiner Veröffentlichung und nach den hektischen, teils bejahenden, teils leidenschaftlich ablehnenden Reaktionen, die seinem Erscheinen unmittelbar folgten und die tagelang die Leserbriefspalten der Zeitungen füllten, dürfte die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Vertriebenenverbände vom Gründonnerstag dieses Jahres, auf die wir wegen des verspäteten Eingangs des Wortlautes erst in diesem Heft eingehen können, von vielen mit Überraschung und von nicht wenigen sogar mit Erleichterung aufgenommen worden sein. Die Erklärung enthält sich nicht nur der offenen Polemik, sondern kann wohl als ein Dokument der Vorklärung innerhalb der katholischen Vertriebengruppen, für die seine Autoren allein sprechen, angesehen werden. Die Sprechergruppe des Bensberger Kreises reagierte wenige Tage nach der Veröffentlichung dieser Erklärung denn auch prompt mit einer Stellungnahme, in der sie das Dokument „als fairen Beitrag zur Diskussion jener Probleme, die zwischen Polen und Deutschland bestehen“, trotz Vorbehalte im einzelnen, begrüßte.

Von den Emotionen zum Gespräch

Beides, die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Vertriebenenverbände und die Reaktion aus dem Bensberger Kreis, war kaum selbstverständlich. Die Vorgänge, die die Veröffentlichung des Bensberger Memorandums begleitet hatten, hatten die beiderseitigen Emotionen in einer Weise hochgeschwemmt, daß vorübergehend zu befürchten war, dieses erleide das gleiche Schicksal wie seinerzeit die Vertriebenenedenkschrift der EKD (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 699 f.) und werde wie seinerzeit diese in der EKD zum Zeichen des Anstoßes und des politischen Zwiespalts innerhalb der katholischen Kirche Deutschlands. Die Mehrzahl der Äußerungen der Vertriebenenfunktionäre während der ersten Wochen ließen denn auch eher auf eine Verhärtung der Positionen schließen. Noch die Erklärung der katholischen Vertriebenenenseelsorger, die Ende März unter dem Vorsitz des Bischofs von Hildesheim, H. M. Janssen, in Königstein (Taunus) ihre 42. Konferenz abhielten, konnte nur mit Vorbehalt als eine Geste innerkatholischer bzw. inner-

Die polnischen Stimmen spiegeln nicht nur — soweit sie kommunistischer Herkunft sind — Zweckargumente der Partei, sondern durchaus auch die reelle deutsch-polnische Situation wider. Ein Teil von ihnen zeigt trotz aller Ausfälle Anerkennung für die Bemühungen des Partners und die Bereitschaft zur Versöhnung, der andere Teil ist weitgehend ein Beweis für die bestehenden Vorurteile und Ressentiments und verdeutlicht, wie wichtig das Anliegen des Bensberger Memorandums ist, diese abzutragen.

deutscher Verständigung aufgefaßt werden. Die Vertriebenenenseelsorger legten (wie übrigens die Autoren des Memorandums selbst) nicht nur Wert auf die Feststellung, daß darin nur eine kleine Gruppe in ihrem eigenen Namen spreche. Ohne Umschweife wurde den Bensbergern attestiert, ihr Memorandum stehe im Gegensatz zu wesentlichen Verlautbarungen und Maßnahmen des Heiligen Stuhls und der Deutschen Bischofskonferenz. Das Memorandum sei kein Weg zum Frieden, „weil es ethische und rechtliche Prinzipien preisgibt, die unerläßliche Grundlagen eines echten Friedens bleiben müssen“. Eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen setze freie Partner voraus, aber „Macht und Gewalt des Bolschewismus in Rußland, Polen und Mitteldeutschland“ würden nicht genannt, das „Leid der Vertriebung und Aussiedlung“ werde kaum berücksichtigt. Scharf verurteilt wurde in der Erklärung „die vom Bensberger Kreis im Zusammenhang mit dem Memorandum geäußerte Forderung nach Aufhebung der Vertriebenenenseelsorge“. Eine solche Forderung stehe nicht nur in „krassem Widerspruch zu allen Prinzipien der Pastoral“, sondern auch zum Willen des Heiligen Stuhls, des Konzils und der Bischofskonferenz. Aber unter den ablehnenden Verlautbarungen wurden bereits damals einzelne versöhnlichere Stimmen auch von seiten der Vertriebenenorganisationen laut. Stellvertretend seien hier die Ausführungen des Präsidenten des Katholischen Flüchtlingsrats, Staatssekretär a. D. P. P. Nahm, im Norddeutschen Rundfunk vom 5. März genannt, von denen wohl einiges auch Eingang in die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Vertriebenenverbände gefunden hat. Darin ließ Nahm nicht nur einen gewissen Mangel an Gesprächsbereitschaft auf seiten der Bensberger durchblicken, sondern gab auch zu verstehen, daß sich „unsere Bensberger Gesprächspartner durch mehrere Indiskretionen unter Druck gesetzt fühlten“. Aber auch in den Sachargumenten war ein sehr versöhnlicher Ton zu vernehmen. In manchen Formulierungen mochten sich die Bensberger sogar bestätigt fühlen. So wenn Nahm erklärte, man dürfe beim Bemühen um Aussöhnung mit Polen zwar die Wahrheit nicht verleugnen, müsse aber Einseitigkeiten meiden; oder wenn er Gerechtigkeit als „ein durch die Liebe humanisiertes Recht“ bestimmte, „das seine Durchführbarkeit auch am Schicksal und an der Existenzfähigkeit des Partners prüft“.

Ausdruck der mäßigenden Kräfte

Obwohl die spätere Erklärung der Gemeinschaft der Katholischen Vertriebenenverbände, die ursprünglich für den 16., dann für den 20. März angekündigt, aber erst am Gründonnerstag verabschiedet wurde, zunächst wohl klare Gegenposition gegen das Bensberger Memorandum